



## **GRÜNE Schweiz**

Lucie Jakob  
Waisenhausplatz 21

lucie.jakob@gruene.ch  
031 511 93 21

Eidgenössisches Departement für Verteidigung,  
Bevölkerungsschutz und Sport (VBS)  
Bundeshaus Ost  
3003 Bern

Per Mail an: [vernehmlassung@gs-vbs.admin.ch](mailto:vernehmlassung@gs-vbs.admin.ch)

Bern, 26.05.2026

### **Vernehmlassung zum Bundesbeschluss über die Finanzierung der Rüstungsausgaben der Armee durch Erhöhung der Mehrwertsteuer**

Sehr geehrter Herr Bundesrat  
Sehr geehrte Damen und Herren

Im Zusammenhang mit der im Titel genannten Vernehmlassung haben Sie die GRÜNEN zur Stellungnahme eingeladen. Wir danken Ihnen für die Einladung und äussern uns im Folgenden zu den für uns wichtigsten Punkten.

#### **Allgemeine Anmerkungen**

Der Bundesrat will zur Finanzierung der Armee die Mehrwertsteuer während 10 Jahren um 0.8 Prozentpunkte erhöhen. Damit soll zu einem Teil die Erhöhung des Armeebudgets auf 1% des BIP finanziert werden, zum anderen jedoch auch weiterführende Ausgaben im Bereich Sicherheit. Insgesamt würde so das Armeebudget noch stärker erhöht, als dies sowieso bereits vorgesehen ist. Die zusätzlichen Gelder sollen in einen Fonds fliessen, der von der Schuldenbremse ausgenommen ist.

Die GRÜNEN lehnen die Erhöhung des Armeebudgets grundsätzlich ab. Dieses wurde in den letzten Jahren bereits sukzessive von ca. fünf Milliarden Franken (2021) auf gut 6 Milliarden Franken erhöht, im Jahr 2032 sollen der Armee ca. 9 Milliarden Franken zur Verfügung stehen. Im Endeffekt wäre das jährliche Budget der Armee also beinahe doppelt so hoch wie zu Anfang des Jahrzehnts. Dass nun anhand einer Mehrwertsteuererhöhung noch mehr Gelder für die

Finanzierung der Aufrüstung bereitgestellt werden sollen, ist aus Sicht der GRÜNEN falsch und unsozial. **Die GRÜNEN sprechen sich daher entschieden gegen die Erhöhung der Mehrwertsteuer zugunsten der Finanzierung der Rüstungsausgaben der Armee aus.** In den nächsten Abschnitten werden die Gründe für die Ablehnung durch die GRÜNEN ausgeführt.

### **Falsche Priorität der zusätzlichen Gelder**

Aus Sicht der GRÜNEN würden die zusätzlichen Gelder nicht dort eingesetzt, wo sie am sinnvollsten wären. Die Mehrheit der zusätzlichen Gelder soll weiterhin für Rüstungsbeschaffungen eingesetzt werden, insgesamt 28 Milliarden Franken (18 Milliarden für zusätzliche Rüstungsbeschaffungen sowie die Mehrkosten auf dem Rüstungsmarkt, 10 Milliarden Franken für bereits geplante Rüstungsbeschaffungen ohne Finanzierungsplan). Lediglich drei Milliarden Franken sollen für sicherheitsrelevante Aufgaben ausserhalb der Armee eingesetzt werden. Dabei wird im erläuternden Bericht zur Vernehmlassung festgehalten, dass ein umfassender, bewaffneter und direkter Angriff auf die Schweiz das unwahrscheinlichste Bedrohungsszenario darstellt. Hybride Bedrohungen wie Cyberangriffe, Beeinflussungsaktivitäten oder Spionage hingegen werden als wahrscheinlichste Bedrohungen aufgeführt, zu deren Verhinderung soll jedoch weit weniger Geld eingesetzt werden. Der Bundesrat widerspricht damit seiner eigenen Bedrohungsanalyse. Des weiteren ist es absurd, unsolidarisch und ineffizient, für die Schweiz unpassende Boden- und Luftwaffensysteme wie neue Panzer oder F-35-Kampffjets kaufen zu wollen, während andere Länder wie die Ukraine unmittelbar auf diese angewiesen sind.

Sicherheit muss zudem nach Ansicht der GRÜNEN viel weiter gefasst werden: Auch die internationale Zusammenarbeit, die Stärkung einer resilienten, solidarischen Gesellschaft (z.B. der Schutz gegen häusliche und sexualisierte Gewalt) oder der Schutz unserer Lebensgrundlagen gehören zur Sicherheit. Für diese auch gemäss sicherheitspolitischer Strategie des Bundesrates für die Sicherheit relevanten Bereiche wird jedoch kein zusätzliches Geld gesprochen, im Gegenteil, aufgrund des Entlastungspaket 27 mussten beispielsweise die internationale Zusammenarbeit sowie der Natur- und Umweltschutz einschneidende Kürzungen hinnehmen. Dabei wären Investitionen dort dringend nötig, zusätzliche Gelder müssten wenn in diese Bereiche fliessen.

### **Verlust von Geldern in Beschaffungsgeschäften**

Die Armee hat bisher in der Nutzung der ihr zugesprochenen Mittel keine grosse Kompetenz bewiesen. Sowohl die Beschaffungen des F-35, des Patriot-Flugabwehrsystems sowie der Drohne ADS 15 sind ein finanzielles und organisatorisches Debakel. Sowohl der Kauf des F-35 als auch von Patriot werden weit mehr kosten, als zu Beginn vorgesehen war. In diesem Kontext ist es absurd, der Armee noch mehr Gelder für Beschaffungen zuzusprechen. Dass dieses Geld zudem aus einer Erhöhung der Mehrwertsteuer kommen soll, ist für die GRÜNEN zusätzlich unverständlich. Eine Mehrwertsteuererhöhung belastet die unteren Einkommensschichten relativ gesehen am stärksten, wie dies auch der erläuternde Bericht ausführt. Gerade für diese Personengruppe haben sich die Lebenskosten in den vergangenen Jahren jedoch bereits stark erhöht und die Bezahlung von Miete und Krankenkassenprämien wird zunehmend eine Herausforderung. Nun noch mehr finanzielle Last auf die Bevölkerung und insbesondere deren ärmeren Teil abzuwälzen, damit schliesslich mit jeder Konsumation Waffen und Munition finanziert werden, verkennt für die GRÜNEN die aktuelle Lage der Bevölkerung und ist insgesamt unsozial.

## **Verschuldungsfähiger Fonds als Lösung für Zukunftsinvestitionen**

Ein positiver Punkt am vorliegenden Entwurf ist für die GRÜNEN der Vorschlag einer Einführung eines verschuldungsfähigen Fonds – also eines Fonds, der ausserhalb der Schuldenbremse liegt, um mit langfristiger Wirkung investieren zu können. Nur ist der Zweck dieses Fonds aus grüner Sicht der Falsche. Vielmehr sollte ein solcher Fonds geschaffen werden, um eine ganzheitliche Modernisierung der Schweiz zu finanzieren, die eine lebenswerte Zukunft garantiert. Zudem sollte dieser generell nicht durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer finanziert werden, da diese wie zuvor dargelegt die einkommensschwachen Haushalte überproportional betrifft und daher unsozial ist. Im erläuternden Bericht werden diverse Alternativen zur Mehrwertsteuererhöhung präsentiert, die geprüft und verworfen wurden. Nicht eingehend diskutiert wird dabei die Einführung einer Vermögenssteuer auf Bundesebene. Diese bestand bis 1959, eine Einführung wäre also kein Novum. Die GRÜNEN sähen diese als fairere Alternative zu einer Erhöhung der Mehrwertsteuer, da sie nicht alle Haushalte im gleichen Ausmass betreffen würde, sondern progressiv ausgestaltet ist.

Davon abgesehen ist die momentane Ausgestaltung der Schuldenbremse zu rigide, da die Umsetzung auf Gesetzesebene im Gegensatz zum Verfassungsauftrag den Schuldenstand nicht bremst, sondern abbaut, was den Investitionsspielraum des Bundes künstlich kleinhält. Durch eine verfassungskonforme Anpassung des Finanzhaushaltsgesetzes mit einer symmetrischen Bewirtschaftung der Defizite und Überschüsse liessen sich mehrere Milliarden Franken pro Jahr zusätzlich mobilisieren – auch ohne Fondslösung.

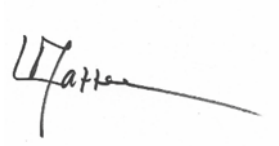
## **Schlussbemerkungen**

Gegen die vom Bundesrat präsentierte Vorlage für die Erhöhung der Mehrwertsteuer zur Finanzierung der Rüstungsausgaben der Armee sprechen nach Meinung der GRÜNEN mehrere Gründe: Einerseits ist das Armeebudget bereits jetzt zu hoch, es wurde in den letzten fünf Jahren um gut eine Milliarde Franken erhöht und wird mit neun Milliarden Franken im Jahr 2032 beinahe das Doppelte betragen wie 2021. Das ist ein massiver Geldzufluss, den die GRÜNEN ablehnen. Andererseits belastet eine Erhöhung der Mehrwertsteuer die unteren Einkommensschichten verhältnismässig weit stärker als die Ober- und Mittelschicht, dabei leiden diese bereits heute überdurchschnittlich unter den steigenden Lebenskosten. Zudem hat die Armee die ihr bislang zugesprochenen Gelder nicht sorgfältig eingesetzt. Im Gegenteil, die Beschaffung des F-35 sowie des Luftabwehrsystems Patriot werden am Ende weit mehr kosten als ursprünglich vorgesehen und noch dazu werden diese wesentlich später als geplant einsatzfähig sein. Es ist nicht angezeigt, der Armee zusätzliche Gelder zuzusprechen, solange die Sicherheitspolitik nicht ganzheitlicher verstanden wird und sie die Abwicklung ihrer Rüstungskäufe sowie die internen Abläufe nicht verbessert. Dazu kommt, dass die zusätzlichen Gelder hauptsächlich für Rüstungsbeschaffungen eingesetzt werden sollen, während in den Schutz vor hybriden Bedrohungen nur ein Bruchteil des Geldes fliessen soll und andere sicherheitsrelevante Bereiche wie die internationale Zusammenarbeit oder die Bekämpfung der Klimakrise leer ausgehen. Damit zeigt sich ein eingeschränktes Verständnis von Sicherheit, das diese hauptsächlich als militärische Aufrüstung definiert und die Verteilung der Gelder entsprechend falsch priorisiert.

**Die GRÜNEN fordern den Bundesrat daher auf, die Erhöhung der Mehrwertsteuer für die Finanzierung der Rüstungsausgaben der Armee nicht umzusetzen und das Budget für die Armee nicht noch weiter zu erhöhen. Die Einrichtung eines verschuldungsfähigen Fonds befürworten die GRÜNEN grundsätzlich, jedoch sollte dieser nicht der Finanzierung weiterer Aufrüstung dienen, sondern Investitionen in die Zukunft ermöglichen.**

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen. Für Fragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'L. Mazzone', with a long horizontal stroke extending to the right.

Lisa Mazzone  
Präsidentin

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'L. Jakob', with a long horizontal stroke extending to the right.

Lucie Jakob  
Fachsekretärin